

Abkühlung gesucht

Israel und der Klimawandel

WESTLICHE NAIVITÄT

Die Mär von den gemäßigten Taliban

VERBALE FRONT

Apartheid-Kampagne gegen den jüdischen Staat





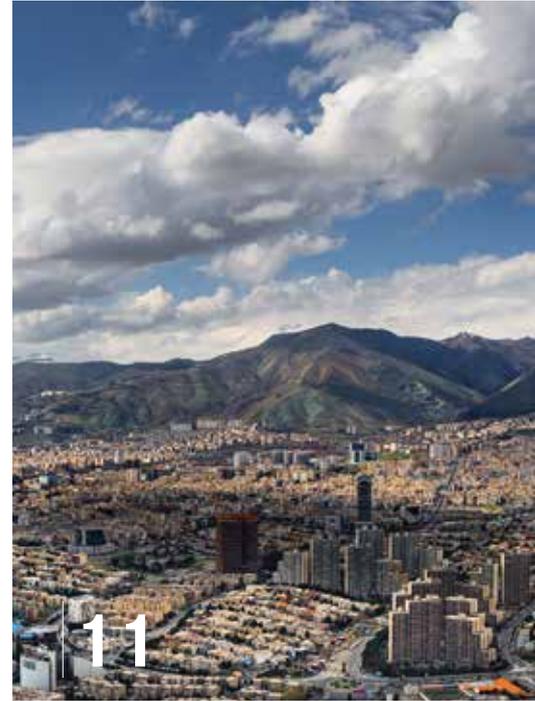
4

ISRAELS SIEGE
Sommerspiele in Tokio



8

AFGHANISTAN
Der Traum von moderaten Taliban



11

„TEHERAN-KINDER“
Eine unbeleuchtete Fluchtroute

Seilbahn bereichert öffentlichen Verkehr in Haifa

Erstmals hat am 19. August eine Seilbahn des öffentlichen Verkehrs in Israel Passagiere transportiert. Die Fahrt gehörte zur Testphase der Strecke in Haifa, die Mitte Oktober eröffnet werden soll. Sie beginnt an der Haltestelle Lev HaMifratz, dem Hauptbahnhof der nordisraelischen Küstenstadt. Weitere Stationen sind die Technische Hochschule (Technion) und die Universität, die sich beide auf dem Berg Karmel befinden.



Die Seilbahn führt vom Hauptbahnhof auf den Karmel

Die Strecke vom Bahnhof zur Universität ist 4,4 Kilometer lang und umfasst 460 Meter Höhenunterschied. Die Gondeln werden

dafür 19 Minuten benötigen. Eine Fahrt kostet umgerechnet rund 1,58 Euro.

Insgesamt gibt es 148 Gondeln mit je acht Sitz- und zwei Stehplätzen, berichtet die Zeitung „Ma'ariv“. Alle 15 Sekunden soll eine Gondel abfahren. Obwohl in Haifa öffentlicher Verkehr am Schabbat erlaubt ist, können die Passagiere die Seilbahn nur sechs Tage in der Woche benutzen. Denn sie steht unter der Aufsicht des Verkehrsministeriums.

„Eines der sichersten und modernsten Fortbewegungsmittel“

Die Transportgesellschaft Netivei Israel und das Ministerium haben knapp 90 Millionen Euro für das Projekt investiert. Sie sehen in der Seilbahn eine gute Alternative für Busse und Privatfahrzeuge. Staus und Parkplatzprobleme könnten dadurch gemindert werden. Doch die Zeitung „Yediot Aharonot“ weist darauf hin, dass am Hauptbahnhof derzeit nicht viele Parkplätze zur Verfügung stehen. Die Transportgesellschaft rechnet allerdings damit, dass viele Fahrgäste, die von Norden kommen, schon bei der Anreise öffentliche Verkehrsmittel nutzen werden. Aus ihrer Sicht handelt es sich bei der Seilbahn um eines der sichersten und modernsten Fortbewegungsmittel der Welt.

Die Initiative für das Projekt kam vom früheren Bürgermeister Jona Jahav (Kadima), dessen Amtszeit im November 2018 endete. Angesichts der Jungfernfahrt sagte er: „Wenn ich höre, dass die Seilbahn im Rahmen ihres Testlaufes bereits erste Fahrgäste transportiert, bewegt mich das sehr.“ |

Elisabeth Hausen

6 KLIMAWANDEL

Es wird hitziger

12 APARTEID-VORWÜRFE

Angriff auf den jüdischen Staat

14 MELDUNGEN

Gemeinsame Erklärung mit arabischen Staaten

15 BIBELBLICK

Zwischen Boykott und Bestmarken

Liebe Leser,

dass sich das Klima verändert, ist in Israel deutlich zu spüren: Die Zahl der sehr heißen Tage und die Intensität der Hitzewellen nimmt zu, nachts kühlt es mitunter gar nicht mehr so ab, wie es der menschliche Körper benötigt. Auch andere Extremwetterlagen, etwa mit Starkregen und Überflutungen, treten immer häufiger auf. Dabei ist unerheblich, wie es zu dieser Entwicklung kommt. Sie gefährdet in Israel nicht nur die Gesundheit, sondern auch die Sicherheit. Bislang sind die Israelis nur unzureichend gegen diese Bedrohung gewappnet. Wie sie damit umgehen, lesen Sie ab Seite 6.

Auch auf andere Weise heiß her geht es in Afghanistan. Nach einer Charmeoffensive infolge des Abzuges der westlichen Alliierten zeigen die Taliban allmählich, was sie tatsächlich im Schilde führen: Strenge Herrschaft nach den Glaubenssätzen der Scharia, nach denen Frauen und Andersgläubige weniger Rechte haben und schnell ihr Recht auf Leben verwirken können. Trotzdem hoffen viele im Westen noch, die Taliban hätten sich in den vergangenen 20 Jahren gewandelt und seien demokratiefähig geworden. Dabei haben sie für eine solche Einschätzung kaum Anhaltspunkte. Warum eine von diesem Traum geprägte Politik für Israel gefährlich werden kann, analysiert unsere Autorin Carmen Shamsianpur ab Seite 8.

Hitzig kann es auch zugehen, wenn Israel Apartheid vorgeworfen wird. Das taten in diesem Jahr innerhalb kurzer Zeit gleich drei Organisationen – zwei israelische und eine internationale. Ein näherer Blick in deren Veröffentlichungen zeigt, dass sie miteinander in Kontakt stehen. Es bedarf keines akademischen Studiums, um zu erkennen, dass der Vorwurf haltlos ist. Dennoch wird er immer populärer. Die näheren Hintergründe dieses Phänomens beleuchtet israelnetz-Mitarbeiter Sandro Serafin ab Seite 12.

Heiße Temperaturen wiederum erlebten die Teilnehmer der Olympischen und der Paralympischen Spiele in diesem Sommer in Tokio. Das hielt die israelischen Athleten jedoch nicht davon ab, Spitzenleistungen zu bringen. Auch die Politik spielte erneut eine Rolle: Zwei Athleten aus muslimischen Ländern wichen einem Wettkampf gegen einen israelischen Kontrahenten bewusst aus. Ein aus dem Iran stammender Judoka demonstrierte hingegen der Weltöffentlichkeit, was Solidarität im Sport bedeuten kann: Wegen des in seiner Heimat von oben verordneten Israelhasses startet Saeid Mollaei mittlerweile für die Mongolei. Seine Silbermedaille von Tokio widmete er den Israelis. Mehr über Israels sportliche und politische Erfolge erfahren Sie ab Seite 3.

Bei all der Hitze ist es gut, einen kühlen Kopf zu bewahren. Hoffnung weckt ein Satz, den Gott nach der Sintflut den Menschen zurief. Er ist in 1. Mose 8,22 überliefert: „Solange die Erde steht, soll nicht aufhören Saat und Ernte, Frost und Hitze, Sommer und Winter, Tag und Nacht.“ Möge der Vers auch Ihnen gerade angesichts der unberechenbaren Klimaturbulenzen Trost und Zuversicht spenden.

Herzlich grüßt Sie,

Elisabeth Hausen

**IMPRESSUM****Herausgeber**

Christliche Medieninitiative pro e.V.
Charlotte-Bamberg-Straße 2
D-35578 Wetzlar
Telefon +49 (64 41) 5 66 77 00
Telefax +49 (64 41) 5 66 77 33
israelnetz.com
info@israelnetz.com

Vorsitzender Dr. Hartmut Spiesecke**Geschäftsführer**

Christoph Irion (V.i.S.d.P.)

Büro Wetzlar Elisabeth Hausen
(Leitende Redakteurin), Daniel Frick,
Egmond Prill, Martin Schlorke

Büro Jerusalem Mirjam Holmer**Titelfoto**

Wasserspiele: Ein Junge freut sich über Abkühlung an einem heißen Sommertag in der Jerusalemer Altstadt nahe der Davidszitadelle
Quelle: flash90

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

29. September 2021

Spenden

Israelnetz lebt von Ihrer Spende.
Volksbank Mittelhessen eG
IBAN DE73 5139 0000 0040 9832 01
BIC VBMHDE5F
www.israelnetz.com/spenden

SOMMERSPIELE IN TOKIO

Israel gewinnt sportlich – und politisch

Paralympics und Olympische Spiele: Hinter den israelischen Athleten liegt ein aufregender Sportsommer, der nicht nur Medaillen beschert hat.
Martin Schlorke

Hochmotiviert: Israelische Olympioniken bei der Eröffnungsfeier

Die Olympischen Sommerspiele 2020 in Tokio waren die bislang erfolgreichsten des israelischen Nationalteams. Insgesamt errangen die 90 Sportler – ebenfalls ein Rekordwert – vier Medaillen. Jeweils zwei bronzefarbene und zwei goldene Plaketten brachten die Sportler mit nach Hause. Die beiden goldenen bedeuten überhaupt erst den zweiten und dritten Olympiasieg in der Geschichte des jüdischen Staates.

Den goldenen Knoten brachte der Turner Artem Dologpjat zum Platzen. Für seine Übung am Boden erhielt der 24-Jährige von der Jury die beste Wertung und ein Preisgeld in Höhe von umgerechnet 133.000 Euro. Zum Vergleich: Deutsche Goldmedaillengewinner erhalten nur 20.000 Euro von der Stiftung Deutsche Sporthilfe.

Dologpjat wanderte erst im Alter von zwölf Jahren mit seinen Eltern aus der Ukraine ein. 2017 erinnerte er sich in einem Interview an die schwere Anfangszeit mit der neuen Sprache: „In den ersten zwei Monaten saß ich in der Klasse in Rischon LeZion und verstand kein Wort.“ Dann wechselte er an eine Schule, in der viele russische Muttersprachler waren. Das habe ihm geholfen. Doch am meisten zu Hause fühle er sich in der Turnhalle. Mindestens so sollte er sich nun auch in den Hallen von Tokio fühlen. Sein Trainer Sergej Weissburg ergänzte, dass dies für die gesamte Turnermannschaft gelte.

Historisches Gold

Das zweite Gold holte sich die Turnerin Linoy Aschram – und schrieb dabei ebenfalls Geschichte: Aschram ist die erste israelische Athletin, die olympisches Gold gewinnt. In einem denkbar knappen Finale im Mehrkampf der Rhythmischen Sportgymnastik setzte sie sich mit einem Vorsprung von 0,15 Punkten vor der

Russin Dina Averina durch. Ihren Sieg konnte sie aber nicht sofort feiern. Grund war der russische Einspruch gegen die Wertung der Kampfrichter. Er blieb jedoch, aus russischer Sicht, erfolglos.

Zu einem Politikum wurde unterdessen die Frage, wer der frisch gebackenen Olympiasiegerin als Erster gratuliert. Auf dem obersten Treppchen der Gratulanten landete Oppositionsführer Benjamin Netanjahu (Likud). Der frühere Regierungschef wollte offenbar seinem Amtsnachfolger Naftali Bennett (Jamina) zuvor kommen. Dies brachte ihm allerdings Kritik von ultra-orthodoxen Parteien ein – denn er hatte das Gespräch am Schabbat geführt und ein Video davon ins Internet gestellt. Bennett und Staatspräsident Jitzchak Herzog wussten einen solchen Fauxpas zu vermeiden, während Netanjahu um Entschuldigung bat.

Eine weitere Medaille gewann die israelische Judomannschaft: Bronze im erstmals ausgetragenen Teamwettbewerb. Ebenfalls auf dem dritten Platz landete Abischag Semberg im Taekwondo. Die 19-Jährige trat in der Klasse bis 49 Kilogramm an.

Politische Siege

Neben dem erfolgreichen Abschneiden stand Israel im Mittelpunkt weiterer Schlagzeilen. Im Vorfeld zu den Olympischen Spielen kündigte der algerische Judoka Fethi Nourine an, auf die Teilnahme zu verzichten. Anderenfalls hätte er in der zweiten Runde der Leichtgewichtsklasse gegen den Israeli Tohar Butbul antreten müssen. Aus seiner Absage zog die Internationale Judo-Föderation (IJF) im Nachgang Konsequenzen. Sie sperrte Nourine Anfang September für zehn Jahre. Aus Sicht der IJF steht das Verhalten des Algeriers „im totalen Gegensatz zur Philosophie“ des Verbands. Betroffen von der Sperre ist ebenfalls der Trainer des 30-Jährigen, Amar Benikhlef. Nourine erklärte dagegen, stolz

auf seine Entscheidung zu sein. Einem Kampf gegen Butbul wich auch der Sudanese Mohamed Abdalrasul aus. Anders als Algerien pflegt der Sudan diplomatische Beziehungen zu Israel. Im April hat das ostafrikanische Land ein anti-israelisches Boykottgesetz abgeschafft – im Zuge der angestrebten Normalisierung.

Ein positives Signal sendete dagegen die saudische Judoka Tahani Alqahtani. Sie trat gegen ihre israelische Konkurrentin Ras Herschko an und wich im Gegensatz zu Athleten aus anderen Ländern ohne diplomatische Beziehungen zu Israel dem Wettkampf nicht aus. Herschko entschied den Kampf für sich. Anschließend schüttelten sich die beiden Kontrahentinnen die Hand, wie es



Die Turnerin Linoy Aschram (unten) verabschiedet sich mit einer Goldmedaille und ihrer Kollegin Nicole Seligman aus Tokio

beim Judo üblich ist. Für ihre Haltung wurde Alqahtani sogar vom Olympischen Komitee ihres Landes unterstützt. Dieses twitterte vor dem Wettkampf: „Unsere Judoka Alqahtani wird in der Runde der letzten 32 des Judowettbewerbs von Tokio 2020 gegen ihre israelische Gegnerin HERSCHKO Ras antreten. Viel Glück, Tahani“.

Dass politische Differenzen auch ausgeklammert werden können, zeigte ferner das Verhalten des iranischen Basketballtrainers, Mehran Schahinbat. Er begrüßte den Israeli Ronen Ginzburg, der die tschechische Mannschaft trainiert, per Handschlag.

Ein weiterer politischer Erfolg: 49 Jahre nach dem Olympia-Attentat von München 1972 gab es erstmals bei einer Eröffnungszeremonie eine offizielle Gedenkfeier mit einer Schweigeminute für die Opfer des Attentats.

Extra-Medaille für Israel

Der für die Mongolei startende Iraner Saeid Mollaei gewann olympisches Silber im Judo. Nach der Siegerehrung sagte der Weltmeister von 2018: „Als freier Mensch kannst du erreichen, was du willst.“ Diese Botschaft wolle er mit seinem zweiten Platz vermitteln. Gegenüber dem israelischen Fernsehen erklärte er anschließend, dass er dankbar für die Unterstützung aus Israel sei, die er in den vergangenen Jahren erhalten habe: „Danke an Israel für die gute Energie. Diese Medaille ist auch Israel gewidmet. Ich hoffe, die Israelis sind glücklich über diesen Sieg.“ Auf Hebräisch fügte er hinzu: „Toda“ (Danke).

Mollaei war nach der Weltmeisterschaft 2019 aus seinem Heimatland Iran geflohen. Trotz politischen Drucks weigerte er sich zunächst, aus dem Turnier auszusteigen, um so einem wahrscheinlichen Finale gegen den Israeli Sagi Muki zu entgegen. Nachdem seine Familie von den Behörden bedroht wurde, verlor er mit Absicht sein Halbfinale. Anschließend floh er nach Deutschland, wo er einige Zeit lebte und trainierte. Im Dezember 2019 nahm er das Angebot des damaligen mongolischen Staatspräsidenten Chaltmaagiin Battulga an, künftig für den mittelasiatischen Staat bei sportlichen Wettkämpfen anzutreten. Er hat mittlerweile auch schon an einem Turnier in Israel teilgenommen.

Medaillenregen bei Paralympics

Sportlich wussten in diesem Jahr auch die 33 paralympischen Sportler aus Israel zu begeistern. Insgesamt gewannen sie in Tokio neun Medaillen. Acht von ihnen konnten die Schwimmer für sich verbuchen. Bei seiner insgesamt vierten Teilnahme erschwamm der an den Beinen gelähmte Ijad Schalabi zwei Goldmedaillen. Er ist überhaupt der erste israelische Araber, der es bei



Zweimal schlug der israelische Araber Schalabi als erster am Beckenrand an. Er gewann Gold über 100 Meter und über 50 Meter Rücken.

Paralympischen Spielen aufs Treppchen geschafft hat. Erstmals dabei war dagegen Mark Maljar. Der 21-Jährige leidet seit der Geburt an einer zerebralen Lähmung. Bei den Paralympischen Spielen gewann der Schwimmer der Klasse S7 Gold über 200 Meter Lagen und über 400 Meter Freistil. In beiden Wettbewerben stellte er einen neuen Weltrekord auf. Hinzu kam eine Bronzemedaille über 100 Meter Rücken.

Für weitere Erfolge des israelischen Schwimmteams sorgte Ami Dadaon, der ebenfalls durch eine zerebrale Lähmung beeinträchtigt ist. Der 20-Jährige kam durch eine Rehabilitationsmaßnahme zum Schwimmsport und startet in der Kategorie S4. Dort gewann er in Tokio drei Medaillen im Freistil: jeweils Gold über 200 und 50 Meter sowie Silber über 150 Meter.

Die neunte Medaille für Israel gab es im Rudern: Die Athletin Moran Samuel belegte im Einer den zweiten Platz. 2016 hatte sie in Rio de Janeiro bereits Bronze gewonnen. |

KLIMAWANDEL

Es wird hitziger

Wie viele andere Länder wird auch Israel vermehrt mit Hitzewellen und Extremwetterlagen zu kämpfen haben. Das betrifft nicht nur Gesundheit und Wohlbefinden, sondern auch die Sicherheit des Staates.

Daniel Frick

Der vergangene Sommer hat zum wiederholten Mal gezeigt, dass die Menschheit zunehmend mit Extremwetterlagen zu kämpfen hat. In Deutschland war es die Flutkatastrophe, in der Mittelmeerregion wüteten verheerende Waldbrände. Die meisten Experten stimmen darin überein, dass dies Folgen eines Klimas im Wandel sind, wobei sich über Ursachen und Ausmaß die Geister scheiden. Fest steht nur: Die Zahl dieser Wetterlagen wird zunehmen, und auch die Temperaturen steigen.

Israel bildet da keine Ausnahme, und mit dieser Entwicklung befasst sich etwa das 2018 von der Regierung gegründete „Direktorat für die Vorbereitung auf den Klimawandel“ unter Leitung des Umweltministeriums. Anfang August präsentierte dort der Datenwissenschaftler Gil David seine Beobachtungen. Am Beispiel Tel Aviv und anderer Städte zeigte er, dass die Zahl der Tage im Jahr mit Temperaturen über 30 Grad Celsius zunimmt (siehe Diagramm Seite 7): Zwischen 1964 und 1971 war es eine Ausnahme, wenn es mehr als 30 solcher Hitzetage gab. Seit 2013 findet sich kein Jahr mehr mit weniger als 30 Hitzetagen. Zwischen 2016 und 2019 gab es im Schnitt 89 Hitzetage pro Jahr.

Etwas allgemeiner betrachtet verzeichnet Israel von 1950 bis 2017 einen Anstieg der Durchschnittstemperatur um 1,4 Grad; besonders seit den 1980er Jahren stiegen die Temperaturen. Von 2020 bis 2050 erwarten Experten einen weiteren Anstieg um 1,2 Grad. Das heißt, dass in den Sommermonaten Temperaturen über 37 Grad zur Regel werden, sie oft auch an der 50-Grad-Marke kratzen.

Als eine Ursache sieht der Leiter des Israelischen Wetterdienstes, Nir Stav, den Wandel in den oberen Luftströmen, die sogenannten Jetstreams. Diese wehen normalerweise in Ostrichtung parallel zum Äquator. Wegen der Erderwärmung werden diese jedoch schwächer und bewegen sich

nicht mehr eindeutig von West nach Ost, sondern weichen auch in Nord- und Südrichtungen ab. Diese Jetstreams können zudem eine Omega-Form bilden – der Begriff ist angelehnt an den hufeisenförmigen griechischen Buchstaben. In so einem Fall verbleibt die Wetterlage lange in einem Gebiet und sorgt dort etwa für Hitze und Trockenheit, ohne dass Tiefdruckgebiete mit kühleren Temperaturen oder Regen für Entlastung sorgen.

Körperliche Belastung

Einen „Vorgeschmack“ gab es im Frühling 2020: Mitte Mai kam über Israel eine Hitzewelle, wie sie das Land seit Beginn der Weteraufzeichnungen nicht erlebt hat. In der Woche vom 18. bis zum 24. Mai verzeichnete das Statistikamt eine im Vergleich zum Durchschnitt um 20 Prozent höhere Zahl von Todesfällen. Noch haben sich die Statistiker nicht endgültig festgelegt, aber sie gehen davon aus, dass die Hitze und nicht etwa das Coronavirus für die höhere Todesrate verantwortlich war. Konkrete Zahlen liegen nicht vor, weil „Hitzetote“ als solche derzeit noch gar nicht erfasst werden – oft ist ein „Herzinfarkt“ die behördlich angegebene Todesursache.

Unstrittig ist aber, dass in jener Hitzewoche die Belastungen für die Körper enorm waren, wie die Zeitung „Ha'aretz“ später analysierte: An der Küste und im Osten des Landes stieg die Temperatur über eine Woche hinweg täglich auf über 40 beziehungsweise 42 Grad. Und in der Nacht kam es kaum zur Abkühlung, die der Körper nötig hat: In Jerusalem betrug die nächtliche Durchschnittstemperatur 27 Grad Celsius, während sie in dieser Zeit normalerweise bei 15 Grad liegt.



Abkühlung gesucht: An heißen Sommertagen kommen Ventilatoren auch draußen zum Einsatz



Abenteuerliche Fahrt: Während der Überflutung in Naharia im Januar 2020 musste die Armee Einwohner in einem Laster evakuieren

Eine Frage der Sicherheit

Doch die Entwicklungen wirken sich nicht nur auf körperliche Befindlichkeiten aus. Sie bringen auch Probleme im Bereich der Sicherheit mit sich. Daher erwägt inzwischen auch die Armee, die Temperaturentwicklung in ihre Einschätzung der Bedrohungslage aufzunehmen. Zu den möglichen Gefahren gehören banal anmutende Dinge: Wie wirkt sich die Hitze auf den Zustand von Landebahnen für Kampfflieger aus? Wie müssen Trainingspläne für Soldaten angepasst werden, um der Hitze zu entgehen? Bleiben die Kühlsysteme auf Schiffen oder Panzern leistungsfähig?

Nicht nur Hitze ist das Problem, sondern auch die immer selteneren, dafür intensiveren Regengüsse. So wurde im Winter 2019/20 ein unterirdischer Hangar der Luftwaffenbasis Chatzor, rund zehn Kilometer östlich von Aschdod, durch benachbarte Seen und Flüsse überflutet. Soldaten berichteten, dass der Stellplatz für Flugzeuge in weniger als einer halben Stunde geflutet war; selbst Betonwände hatten dem Druck nicht standgehalten. Acht F-16-Kampfflieger trugen Regenschäden davon und waren zum Teil drei Monate lang nicht einsatzbereit.

Ereignisse dieser Art zeigen, dass sich auch die Armee über kurz oder lang mit dem Klimawandel auseinandersetzen muss. Doch derartige Überlegungen befinden sich noch in den „Kinderschuhen“, wie das Fazit der Nachrichtenseite „Times of Israel“ zu dem Thema lautet. Zur Debatte stehen ein Arbeitsplan und die Schaffung einer Sondereinheit, die sich mit dem Problem befasst. Die Armee steht dabei im Austausch mit dem Umweltministerium.

Auch Entwicklungen in der Region spielen bei der Bewertung eine Rolle. Andere Länder, etwa Syrien oder der Libanon, mögen sich nicht so gut auf die Folgen der veränderten Wetterverhältnisse vorbereiten können wie Israel – etwa wegen allgemein schlechter Regierungsführung oder einem Mangel an Entsalzungsanlagen für die Bereitstellung von Frischwasser. Zu rechnen ist mit Unruhen in diesen Ländern und mit Klimaflüchtlingen an den israelischen Grenzen. Der Umweltexperte Colin Price von der Universität Tel Aviv hält die These für plausibel, dass die Aufstände in Syrien ab dem Jahr 2011 zum Teil von Bauern getragen wurden, die wegen einer Dürrephase von 2007 bis 2010 in die Städte zogen, dort aber keine

Beschäftigung fanden und sich schließlich Rebellengruppen anschlossen.

Handlungsoptionen vorhanden

Israel wird nicht alle Folgen im Zusammenhang mit den Klimaverhältnissen im Wandel kontrollieren können. Nichtsdestotrotz bieten sich Möglichkeiten, die Dinge abzumildern. Entscheidend scheint dabei zu sein, dass Behörden und Verantwortliche mehr Sensibilität für dieses Thema entwickeln: Als im Januar 2020 Regelmengen über Nordisrael niedergingen wie seit einem halben Jahrhundert nicht mehr, kam es auch in der nördlichen Küstenstadt Naharia zu Überflutungen. Ein Israeli starb beim Versuch, Menschen aus einem Auto zu retten. Doch laut Recherchen der „Times of Israel“ wäre die Katastrophe zu verhindern gewesen: Die Stadt hatte den Verlauf des Flusses Ga'aton geändert, um ein Einkaufszentrum mit unterirdischem Parkhaus zu errichten. Umweltaktivisten hatten schon

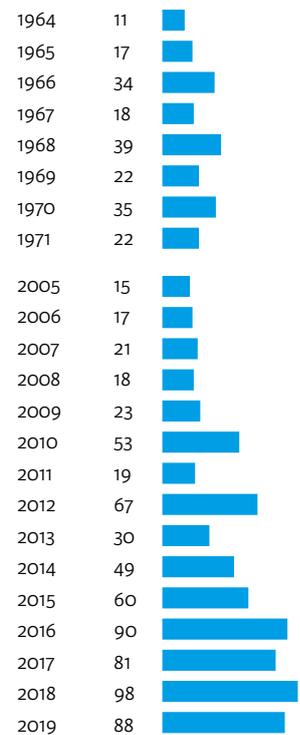
in der Planungsphase vor Überflutungen gewarnt: Den Fluss durch einen Tunnel zu lenken würde wie ein Flaschenhals, der bei großen Wassermengen überfordert sei.

Auch Bürokratie mutet wie ein Hemmschuh beim Umgang mit Katastrophen wie Überflutungen an. Der Staatskontrolleur Matanjah Englman beklagt, dass derzeit elf Behörden mit Überflutungsangelegenheiten betraut sind, die sich gerne auch mal die Verantwortung zuschieben.

Mit Blick auf die Hitze ist Israel vergleichsweise gut aufgestellt, etwa was die schon vorhandenen Entsalzungsanlagen angeht. Die Frage bleibt jedoch, wie der Umgang mit gefährdeten Personengruppen, wie zum Beispiel älteren Menschen, aussieht. Die mit Errichtung des Klimawandel-Direktorats gefassten Pläne setzt das Sozialministerium derzeit noch nicht konsequent um, berichtete „Ha'aretz“ Anfang August aus Anlass einer neuerlichen Hitzewelle. So hätten Mitarbeiter keinen Kontakt mit Personen gehalten, die anfällig für Hitze sind. Auch seien die Betroffenen nicht in öffentliche gekühlte Räume gebracht worden. Die Verteilung von Trinkwasser und Ventilatoren sei ebenfalls nicht angelaufen.

Fest steht nur: Die Aufgaben mit Blick auf den Klimawandel nehmen zu. Bei allen Problemen gibt sich der Leiter des Klimawandel-Direktorats, Alon Sack, aber zuversichtlich: Die „Klimakrise“ sei zwar schon da, doch „bei rechtzeitiger und angemessener Vorbereitung wird sie für Israel so klein wie möglich werden“.

Zahl der Tage mit Temperaturen über 30 Grad in Tel Aviv



Quelle: Gil David

Der Traum von moderaten Taliban

Zwei Jahrzehnte nach Beginn des amerikanischen Militäreinsatzes in Afghanistan und erbitterten Kämpfen gegen den Terror werden die Taliban plötzlich als mögliche Friedensgaranten gehandelt. Diese Politik ist nicht zuletzt für Israel gefährlich.

Eine kommentierende Analyse von Carmen Shamsianpur



Erneute Taliban-Herrschaft: Frauen werden wieder an den Rand gedrängt

Das die Taliban ihren Herrschaftsbereich nach dem Abzug aller westlichen Truppen ausbauen würden, war abzusehen. Die blitzartige, kampflose und umfassende Machtübernahme kam jedoch für viele überraschend. Ebenso überraschend war, wie „moderat“ sich die Taliban in ihren ersten öffentlichen Auftritten gaben: Frauen sollten sich zwar verschleiern, aber arbeiten und zur Schule gehen dürfen. Beamte der vorherigen Regierung hätten keine Verfolgung zu befürchten, ebenso religiöse und ethnische Minderheiten. Würden sich diese Versprechungen als tragfähig erweisen, würde zum ersten Mal in der Geschichte der Beweis erbracht, dass das islamische Recht, die Scharia, als Grundlage eines Staates mit allgemeinen Menschenrechten vereinbar ist. Darauf hoffen viele im Westen, um Wirtschaftsbeziehungen pflegen zu können und internationale Hilfen nicht einstellen zu müssen.

Doch das neue, freundliche Gesicht der Taliban widerspricht ihren fundamentalen Glaubenssätzen, nach denen Frauen und Andersgläubige weniger Rechte haben und schnell ihr Recht

auf Leben verwirken können. Unter der Taliban-Herrschaft von 1996 bis 2001 standen Frauen unter Hausarrest. Selbst zum Arztbesuch durften sie nur mit männlicher Begleitung gehen. Aber da sie nicht arbeiten durften, auch nicht im medizinischen Bereich, und Männer keine Frauen berühren durften, war eine Behandlung quasi ausgeschlossen und sie starben an den einfachsten Krankheiten.

Der 11. September hat sich seit 2001 bis heute in Afghanistan jährlich wiederholt: Im Schnitt ist dort die durchschnittliche Zahl an Terror-Opfern pro Jahr sogar höher gewesen. Nur waren die Ermordeten keine Amerikaner, sondern afghanische Zivilisten – tausende jedes Jahr, Tendenz steigend. Aus taktischen Gründen versuchen nun die Terroristen, ihre blutdürstigen Rekruten solange stillzuhalten, bis ihr „Islamisches Emirat Afghanistan“ und sie als Herrscher offiziell anerkannt werden. Doch schon jetzt bröckelt die Fassade allzu offensichtlich. Da werden Listen geführt und Journalisten aufgespürt. Frauen werden wieder aus dem öffentlichen Leben verbannt. Eine soll hingerichtet worden

sein, weil sie nach dem Gusto der Gotteskrieger nicht gut gekocht hatte.

Verhandeln um jeden Preis

Trotz solcher Berichte will der demokratische Westen scheinbar unbedingt mit den Taliban verhandeln. Dazu behilft er sich mit dem Konstrukt eines Kampfes zwischen radikalen und „gemäßigten“ Terroristen – so wie er im Iran an ein Tauziehen zwischen „Hardlinern“ und „Reformern“ glaubt. Jahrzehntelange Worte, Taten und zugrundeliegende Ideologien werden einfach ausgeblendet. Um nach dem Abzug der amerikanischen Truppen einen dauerhaften Frieden zu gewährleisten, wurde bereits im vergangenen Jahr der sogenannte „Doha-Prozess“ gestartet – der Name bezieht sich auf die katarische Hauptstadt. Die damalige Regierung Afghanistans sollte sich mit den Taliban arrangieren.

Zuvor hatten die USA am 29. Februar 2020 ein Abkommen mit dem Titel „Frieden nach Afghanistan bringen“ unterzeichnet. Und zwar mit den Taliban. Um als Friedenspartner anerkannt zu werden, sollten sich die Taliban unter anderem von nicht näher genannten „terroristischen Gruppen“ distanzieren. Nicht etwa von Terror. Auch nicht vom Handel mit entführten, versklavten jungen Frauen. Oder vom Völkermord an der afghanischen Volksgruppe Hasara. Das Abkommen wurde parallel zu Mord, Verstümmelung und Menschenhandel unterzeichnet, ausdrücklich unterstützt vom deutschen Auswärtigen Amt.

Der deutsche Außenminister Heiko Maas (SPD) zeigte sich noch im Juni 2021 zuversichtlich, dass die Taliban an Verhandlungen nicht vorbeikommen würden. Sie müssten „zur Kenntnis nehmen“, erklärte Maas, „dass es kein ‚Zurück ins Jahr 2001‘ geben wird“. Dagegen stehe eine selbstbewusste afghanische Zivilgesellschaft. Nur setzt sich diese Zivilgesellschaft zu über 60 Prozent aus verarmten, verängstigten Analphabeten zusammen. Etwa doppelt so viele Frauen wie Männer können nicht lesen und schreiben. Sie sind ungefähr so selbstbewusst wie die schlecht bezahlte und mangelernährte afghanische Armee, die nach dem Abzug der US-Truppen nicht einmal mehr eine Luftwaffe besaß. Afghanische Zivilisten werden sicher nicht den Taliban die Stirn bieten, waren sie doch jahrelang das Hauptangriffsziel der Terroristen. Regelmäßig waren die Hälfte bis drei Viertel der afghanischen Terror-Opfer Zivilisten.

Nein – wenn jemand die afghanische Zivilbevölkerung vor einer drohenden Terrorherrschaft schützen könnte, dann wäre es der demokratische Westen. Der müsste dazu nicht nur klare Kante gegen die Taliban zeigen, sondern auch gegen Pakistan, von wo die Taliban existenzielle Unterstützung erhalten. Nur gilt Pakistan gleichzeitig als unabkömmlicher NATO-Partner, „insbesondere in Bezug auf Afghanistan, wo ein gemeinsames Interesse an der Bekämpfung des Extremismus“ bestehe. Der Widerspruch könnte größer kaum sein. Die Formulierung entstammt dem Einleitungssatz über die Beziehungen zu Pakistan auf der offiziellen Webseite der NATO. Pakistan hat zwar bis 2014 den ISAF-Truppen Transit-Rechte gewährt. Sonst hätten sie sich einen anderen Nachschubweg für ihren Afghanistan-Einsatz suchen müssen. Aber hätte Pakistan den Taliban nicht mit Geld, Ausbildung, Rückzugsmöglichkeiten und sogar tausenden pakistanischen Soldaten geholfen, hätte es den Einsatz vielleicht niemals gegeben.

Zwei Regierungen in Afghanistan

Heute sind die Taliban zweifellos die stärkste Kraft in Afghanistan und somit „ernstzunehmen“. Sie arbeiten auf Hochtouren daran, sich als alternativlos darzustellen. Die blutigen Anschläge der Terror-Organisation „Islamischer Staat“ am Flughafen in Kabul im August kamen in dieser Hinsicht nicht ungelegen. Zum einen finden die Taliban im IS eine Terror-Organisation, von der sie sich „distanzieren“ können, zum anderen können sie in dessen Schatten ihren Nimbus der „moderaten“ Terroristen stärken.

Fast wäre die Anerkennung des Emirats eine Leichtigkeit, säße da nicht noch ein legitimer Nachfolger des geflüchteten Präsidenten im Pandschir-Tal nördlich von Kabul. Dort organisiert der afghanische Vize Amrullah Saleh mit den verbliebenen Soldaten den Widerstand gegen die Taliban. In einem handschriftlichen Brief an den „Spiegel“ bezeichnete er den Doha-Prozess Ende August als den „Anfang vom Ende“. Das Emirat der Taliban werde er niemals anerkennen. Er steht einer Übermacht gegenüber, aber „Patrioten“ seien bereit, „das höchste Opfer zu bringen“. An den Westen gewandt weist er darauf hin, dass es „immer noch eine Lösung“ gebe: „Drohen Sie Pakistan mit konkreten Sanktionen, fordern Sie eine politische Lösung. Erkennen Sie die legitime Herrschaft des nationalen Widerstands in Pandschir an und bieten Sie diesem Ihre moralische und politische Unterstützung an.“ Es ist allzu unwahrscheinlich, dass es zu diesem Schritt



Nach dem Raketenangriff auf den Internationalen Flughafen von Kabul Ende August 2021

kommen wird. Die kampfeswillige, aber schwache Opposition gegen den Terror empfängt normalerweise keine nennenswerte Unterstützung. Nicht die Kurden gegen den IS, nicht die iranischen Demonstranten gegen das Mullah-Regime, nicht die frustrierten Palästinenser gegen die Hamas, und auch nicht die neue, legitime afghanische Regierung gegen die Taliban.

Das Ende September letzte Lebenszeichen von Saleh ist eine Videobotschaft vom 3. des Monats. Darin dementierte er Nachrichten, laut denen die Taliban das Pandschir-Tal restlos eingenommen hätten und er nach Tadschikistan geflohen sei. Die Situation sei schwierig. Die Taliban hätten Telefon und Strom

abgestellt und das Tal von der Versorgung abgeschnitten. Sie würden Männer aus Pandschir über die Minenfelder führen und als „Räumwerkzeuge“ einsetzen. Aber der Nationale Widerstand werde sich dem Terror nicht beugen.

Derweil haben die Taliban am 7. September ihre neue Regierung vorgestellt. An der Spitze stehen Top-Terroristen. Die USA hätten Millionensummen auf sie ausgesetzt. Ein Sprecher der Taliban sagte, sie seien gerne bereit, sogar mit Amerika zu sprechen. Die Amerikaner seien willkommen, wenn sie in Afghanistan Wiederaufbau-Hilfe leisten wollten. Die USA zeigen sich nicht gänzlich abgeneigt. Ein Sprecher des Außenministeriums teilte mit, die Regierung werde die Taliban an ihren Taten, nicht ihren Worten messen. Außerdem bedauere sie, dass keine Frauen im Kabinett der Terroristen säßen – als würde eine Frauenquote im Terror-Regime einen Unterschied machen. Egal, wie viele Kämpfer noch im Pandschir-Tal ausharren: Sie werden bald aufgerieben sein. Dann steht den Verhandlungen nichts mehr im Wege.

Antisemitismus ausgeblendet

Die Ereignisse in Afghanistan bestärken Israel darin, die Kontrolle über das Westjordanland zu behalten und sich in Fragen der Grenzsicherung nicht auf internationale Truppen zu verlassen. Sie bestärken aber auch die Hamas und andere Terrorgruppen in der Hoffnung, dass sich Islamismus gegen westliche Kräfte durchsetzen kann. Und genau das ist die fatale Botschaft des Westens an den Islamismus, die sich etwa so formulieren lässt: „Unser Selbstschutz geht vor. Wir bekämpfen den Terror nur im eigenen Land. Solange ihr uns in Ruhe lasst, könnt ihr machen, was ihr wollt. Wir behandeln euch ohnehin als ernstzunehmenden Global Player und als Gesprächspartner.“

Die westliche Welt ist weder hilf- noch ahnungslos. Der Terror ist für sie schlichtweg bedeutungslos, solange er nicht sie selbst betrifft. Diese Rechnung wird am Ende nicht aufgehen. Nur eine finanz- und logistikstarke Gruppe kann einen Anschlag wie 9/11 ausführen. Und sie wird es auch. Dabei geht es längst nicht nur um die Taliban in Afghanistan. Es ist das gleiche Prinzip bei der Hisbollah im Libanon, den Revolutionsgarden im Iran, der Hamas im Gazastreifen und weniger publik auch im Westjordanland. Terroristen schwingen sich zu Staatsoberhäuptern empor und werden dort international anerkannt.

Selbst wenn die Hamas und die Hisbollah ganz oder teilweise als Terrorgruppen eingestuft werden, bleiben Hintertüren für Verhandlungen offen. Solange die Islamisten nur ihre eigene Bevölkerung ausnehmen und terrorisieren, sind sie dabei völlig ungestört. Zudem empfangen sie Hilfgelder für die verarmten Untertanen und finanzieren damit ihre Waffenprogramme. Bei Hamas und Taliban ist dies gemeinhin bekannt. Die Taliban finanzieren sich außerdem durch Drogen-, Sex- und Menschenhandel. Niemand kann ernsthaft glauben, die bewaffneten bärtigen Schlächter könnten sich über Nacht „gemäßigt“ haben.

Große Gefahr für Israel

Besonders gefährlich ist diese naive Hoffnung für Israel. Denn es steht ganz oben auf der Abschussliste aller islamistischen Gruppen. Bei den Taliban ist das nicht so offensichtlich wie bei Hamas und Hisbollah, die direkt an Israels Grenzen operieren. Der

Einflussbereich der Taliban scheint auf Afghanistan beschränkt zu sein – natürlich abgesehen von der engen Verbindung zu Pakistan. Dabei ist der Antisemitismus das verbindende Element, wenn nicht gar der Kern aller islamistischen Gruppen über theologische Grenzen hinweg.

Das World Trade Center wurde 2001 als vermeintliche Schaltzentrale eines „internationalen Finanzjudentums“ angegriffen. Antony Summers und Robin Swan beschreiben in ihrem Buch „The Eleventh Day“ den Hass auf Israel als den Faktor, der die Mörder vereint habe. Die USA seien als Schutzmacht Israels angegriffen worden. Osama Bin Laden selbst hatte in einer Erklärung mit dem Titel „Dschihad gegen Juden und Kreuzfahrer“ sein antisemitisches Weltbild offengelegt: Das Ziel der USA sei es, durch Kriege Israel zu dienen und von der Besatzung Jerusalems und dem Mord an den dortigen Muslimen abzulenken. Es sei die Pflicht eines jeden Muslims, die Amerikaner und ihre Verbündeten zu töten und die Al-Aqsa-Moschee zu befreien. Ganz in diesem Sinne haben die Taliban im Zuge ihrer „Regierungsbildung“ angekündigt, mit allen Ländern außer Israel Beziehungen pflegen zu wollen.

Im Laufe des israelisch-palästinensischen Konflikts hat der Westen eingeübt, den Vernichtungsantisemitismus islamistischer Terrorgruppen herunterzuspielen oder auszublenden. Auch die eher nationalistisch als islamistisch strukturierte Fatah, die Israel als Friedenspartner präsentiert wird, trägt ihren Judenhass offen zur Schau.

2013 hat der damalige US-Außenminister John Kerry Israels ehemaligen Premierminister Benjamin Netanjahu (Likud) eingeladen, sich ein Modell für eine mögliche Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts anzuschauen. Nach diesem Modell könne Israel sich aus dem Westjordanland zurückziehen und es den USA überlassen, die Terroristen in Schach zu halten. Die geheime Reise sollte nach Afghanistan gehen. Netanjahu hat dankend abgelehnt.

Israel ist eines der wenigen, wenn nicht das einzige Beispiel eines Landes, das feindliche Terrorgruppen so weit unter Kontrolle hält, dass für die Bürger des Landes ein Leben in Freiheit und Demokratie noch möglich ist. Die böse „Überraschung“ in Afghanistan ist eine Erfahrung, die Israel in abgewandelter Form mit verheerenden Folgen bereits zweimal hinter sich hat: Nach dem militärischen Rückzug aus dem Libanon im Jahr 2000 und dem Gazastreifen 2005 hat sich das hinterlassene Machtvakuum mit Terror gefüllt. Die Hisbollah im Libanon und die Hamas in Gaza konnten sich seitdem zu schlagkräftigen Terrorarmeen entwickeln. Der Schutz der Menschen in Israel ist eine immense Herausforderung. Sie wird weiter wachsen, je mehr der Westen terroristische Strukturen auf der Welt zulässt und gleichzeitig Israel sogar für Defensivmaßnahmen wie Mauern und Checkpoints verurteilt.

Der Fall Afghanistans ist auch ein Sieg für den Iran, dessen Führung sich ähnliche Szenarien für Syrien und den Irak wünscht: Dass die Amerikaner abziehen, die Länder dem Chaos überlassen und der Iran seinen Einflussgürtel um Israel enger ziehen kann. Die iranische Führung hat sich nach bitteren Streitigkeiten in der Vergangenheit mit den Taliban ausgesöhnt und unterstützt deren Emirat. Auch Russland und China sind nicht abgeneigt. Die Fronten, die sich hier auftun, betreffen längst nicht nur Afghanistan, sondern bedrohen Israel und die gesamte freie Welt. |

ERINNERUNG AN DEN HOLOCAUST

Eine unbeleuchtete Fluchtroute

Die Israelin Mikhal Dekel beleuchtet ein unbekanntes Kapitel des Holocaust. Ihr Buch „Die Kinder von Teheran“ ist eine erfrischende Mischung aus umfassender Wissensvermittlung und einem persönlichen Bericht. Wer zu lesen beginnt, mag es nicht mehr aus der Hand legen.

Mirjam Holmer

In „Die Kinder von Teheran. Eine lange Flucht vor dem Holocaust“ erzählt Mikhal Dekel die Geschichte ihres Vaters, der als eines von knapp 900 polnisch-jüdischen Kindern 1943 aus dem besetzten Polen über Teheran bis nach Palästina flieht. Anhand seiner Biografie gelingt es Dekel, ein weitgehend unbekanntes Kapitel des Holocaust zu beleuchten. Erfolgreich verwebt die Autorin die vielschichtigen Ereignisse miteinander, die nicht weniger komplex sind als die bekannteren Ereignisse in Europa während des Holocausts. Dekel stellt fest: „Hannans Flüchtlingsjahre haben ihn zweifellos geprägt, aber ich besitze nur wenige fotografische Belege“ für die Einzelheiten der Flucht. „Zwischen Polen und Palästina, zwischen den Familienfotos aus Ostrów und denen aus Haifa, klafft eine gewaltige Lücke.“

Diese Lücke zu schließen, gelingt der Israelin auf eindruckliche Weise, indem sie ihre eigene Familiengeschichte in den größeren Kontext einordnet. Vergleichsweise behütet wächst Dekel in Haifa auf. Über seine Flucht als Kind schweigt der Vater. Erst durch die Begegnung mit einem aus dem Iran stammenden Kollegen in New York beginnt die Professorin für Englische und Vergleichende Literaturwissenschaft Fragen zur Kindheit ihres Vaters zu stellen. Dass dieser eben nicht aus Teheran stammt, sondern eigentlich Pole war, begreift sie erst, als er auf seinem Totenbett Polnisch spricht.

Dekel beschreibt ihre eigenen Vorbehalte zu Beginn der Recherche und den Umstand, dass sie ihren Vater nie als Holocaust-Überlebenden gesehen hatte: „Die Geschichte meines Vaters war eine typisch

israelische Geschichte.“ Holocaust-Überlebende hingegen „waren Leute, die im Israel meiner Kindheit und Jugend eine Aura gedämpfter Scham und Angst verströmten“. Dazu hätten ihr Vater und die anderen „Teheran-Kinder“ keinesfalls gezählt.

Die Autorin zeichnet den größeren Kontext nach, in dem die „Teheran-Kinder“ zu sehen sind: Mehr als eine Million polnische Juden flohen über die Sowjetunion vor den Nazis. Im Gegensatz zu bekannten Fotos aus den Lagern in Europa gab es von ihnen hingegen „keine ikonischen Bilder“. Dekel fährt nach Polen und sucht nach Spuren der Familie ihres Vaters. Sie führt zahlreiche Gespräche mit Überlebenden der „Teheran-Kinder“ und deren Nachfahren. Auf anschauliche Weise wertet sie historische Quellen aus Archiven sowie zahlreiche Interviews aus. Sie gibt Gespräche mit Zeitzeugen wieder und zeichnet die Todesangst der Flüchtlinge auf sowie die Hoffnung auf einen Neuanfang in einem unbekanntem Land. Sie hält die Stationen der Flucht fest.

Dekel spricht vom Schweigen in ihrer Familie und davon, was dieses bis heute für Folgen für ihre eigene Familie hat. Ihr Vater überlebte die Verfolgung des Zweiten Weltkrieges. Er entkam den Nazis, und doch prägte ihn diese Verfolgung sein ganzes Leben. Die Autorin berichtet vom polnischen Nationalismus, von der Geschichte der Juden im Iran und in Zentralasien. Die Mittfünfzigerin thematisiert das israelische Selbstverständnis der sogenannten „zweiten Generation“, der Nachkommen der Holocaust-Überlebenden, und ihre Herausforderungen. Zudem schildert sie anschaulich, wie Juden während des



Mikhal Dekel: „Die Kinder von Teheran. Eine lange Flucht vor dem Holocaust“, wgb Theiss, 464 Seiten, 28 Euro, ISBN: 978-3-8062-4278-2

Weltkrieges im Iran aufgenommen wurden. Immer wieder schlägt sie eine Brücke zur Gegenwart, etwa wenn sie von den Begegnungen mit ihrem amerikanischen Kollegen berichtet und dieser ihr Fotos von Gräbern aus Teheran schickt, die bis heute erhalten sind. Auf allen ist der Buchstabe „J“ eingraviert sowie ein Davidsstern und ein „P“ für Pole. Ebenfalls ist bis heute die jüdische Grabinschrift auf Hebräisch zu lesen: „Ihre Seele sei eingebunden im Bündel des Lebens“. So bekommt der Leser neben vielen historischen Fakten noch einen Einblick in das aktuelle Geschehen der Stationen, auf denen die „Teheran-Kinder“ unterwegs waren: aus Polen, Russland, Usbekistan, Kasachstan und aus dem Iran – und schließlich aus dem heutigen Israel.

„Die Kinder von Teheran“ ist ein Sachbuch, das gleichzeitig so persönlich und packend geschrieben ist, dass der Leser in manchen Teilen denkt, er halte einen Brief in den Händen. Dekel lässt auch eigene Gefühle und Gedanken in ihr Rechercheergebnis einfließen. Das Buch ist ein Gewinn für die Holocaustforschung und ein Geschenk an den interessierten Leser – auch deshalb, weil die deutsche Übersetzung sehr gut gelungen ist. |

Hunderte jüdische Kinder verbrachten einen Teil ihrer Kindheit in Teheran

Angriff auf den jüdischen Staat

Mehrere Menschenrechtsorganisationen sind der Ansicht, dass Israel das Verbrechen der Apartheid begeht. Es ist eine Kampagne, die auf die Delegitimierung des jüdischen Staates hinausläuft – indirekt gefördert auch von Deutschland.

Eine Analyse von Sandro Serafin

Innerhalb weniger Monate haben sich mehrere „Nichtregierungsorganisationen“ (NGOs) mit demselben Vorwurf an die Öffentlichkeit gewandt: Vertreter Israels begehen Apartheid-Verbrechen, sagen sie. Den Aufschlag machte im Juli 2020 die israelische Truppe von „Jesch Din“. Im Januar folgte „B’Tselem“. Und im April stimmte dann auch „Human Rights Watch“

in den Veröffentlichungen der Vorwürfe eine „konzertierte Kampagne“. Und sie hat für diese Ansicht gute Argumente auf ihrer Seite. Auffällig ist nicht nur der enge zeitliche Zusammenhang, in dem die Berichte erschienen sind. Man kann auch davon ausgehen, dass die Organisationen im gegenseitigen Austausch stehen: In ihren Texten berufen sie sich immer wieder aufeinander. Dass die Gutachten gerade jetzt veröffentlicht werden, dürfte zudem noch einen weiteren Hintergrund haben: Bereits 2019 hatte die damalige Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) angekündigt, Ermittlungen zu Kriegsverbrechen in den Palästinensergebieten einzuleiten. Seit März 2021 laufen diese auch offiziell. Alle genannten Organisationen unterstützen das – und liefern mit ihren Berichten nun eifrig Schützenhilfe für Den Haag.



Eine Frau beruft sich im Mai bei einer Demonstration in Hamburg auf „Human Rights Watch“. Die Organisation gibt dem Apartheidsvorwurf gegen Israel mit einem Gutachten vom April neue Legitimation.

(HRW), eine der wichtigsten internationalen Menschenrechtsgruppen, in den Chor ein. Getrennte Bänke, getrennte Busse, getrennte Strände: Apartheid – das ist das System rassistischer Separierung, das in Südafrika herrschte. Solche Zustände gibt es also auch zwischen Jordan und Mittelmeer? Natürlich nicht! Was sich schon daran zeigt, dass erst jüngst wieder Abgeordnete, darunter auch Araber, in der Knesset eine Veranstaltung ausrichteten, in der sie frei über Apartheid seitens Israels räsionierten. Was steckt dann hinter den Behauptungen?

Die israelische Organisation „NGO Monitor“, die seit zwei Jahrzehnten die Aktivitäten der zahlreichen NGOs in Israel beobachtet, sieht

Israel darf nicht jüdisch sein

Doch für Israel sind die Vorwürfe nicht nur aus rechtlicher Perspektive gefährlich. Noch schwerer wiegt die politische Dimension. Sollte es gelingen, das Land dauerhaft in den Ruch der Apartheid zu bringen, könnte der jüdische Staat zum Paria auf internationaler Bühne werden. Denn, so betont „Human Rights Watch“ nachdrücklich: „Verbrechen gegen die Menschlichkeit gehören zu den abscheulichsten Verbrechen im Völkerrecht.“ Israel könnte es dann so ergehen wie Südafrika, das dereinst mit Boykotten und Isolation unter Druck gesetzt wurde. HRW behauptet zwar, kein Teil der Israel-Boycott-Bewegung BDS zu sein, doch ihr Nahost-Direktor Omar Shakir hat genau in diesem Umfeld politische Wurzeln, und auch der jetzige Bericht fordert zu – wenn auch begrenzten – Boykotten und „gezielten Sanktionen“ auf.

Im Grunde ist es noch schlimmer: In letzter Konsequenz läuft der Apartheid-Vorwurf auf die Delegitimierung des gesamten israelischen Staates hinaus. „Das Mittel gegen Apartheid ist nicht Reform, sondern die Abschaffung des Regimes an sich“, stellt die konservative israelische Denkfabrik „Kohelet“ fest. Oder um es an-

ders zu formulieren: Ein Apartheid-Staat macht nicht bloß falsche Politik – er ist an und in sich ein Problem und muss verschwinden. Es kann kaum ein Zweifel bestehen, dass es den Organisationen genau darum geht. Der HRW-Bericht etwa entlarvt sich selbst, indem er ausdrücklich fordert, 5,7 Millionen Palästinensern die Einwanderung nach Israel zu ermöglichen, weil alles andere angeblich das israelische Streben nach Dominanz über die Palästinenser beweist. Eine solche Masseneinwanderung hätte zur Folge, dass Juden keine Mehrheit mehr stellen würden und Israel kein jüdischer Staat mehr wäre.

Als HRW-Chef Kenneth Roth 2019 im israelischen Radio gefragt wurde, ob er Israel „als jüdischen Staat“ akzeptiere, druckte er herum und konnte es letztlich nicht bejahen. Schließlich, so sagte er, gebe es in Israel auch Palästinenser. Dahinter steht das falsche Denken, dass sich ein jüdisches Selbstverständnis Israels und ein angemessener Umgang mit den im Land lebenden Arabern automatisch ausschließen. Doch Israel wurde als jüdischer Staat gegründet und durch den Teilungsplan der Vereinten Nationen ausdrücklich auch als jüdischer Staat mit internationaler Legitimation versehen. Denn nur als (einziger) jüdisch geprägter Staat der Welt ergibt die Existenz Israels, das nicht zuletzt als Auffangbecken für die verfolgten Juden der Welt dient, überhaupt Sinn.

Gerade weil er die israelische Existenz insgesamt in Frage stellt, hat der Versuch, die zionistische Idee als dem Wesen nach rassistisch zu verunglimpfen, bei Israels Feinden eine lange Tradition. 1975 verabschiedete sogar die UN-Generalversammlung mit den Stimmen der arabischen Welt und des Ostblocks (einschließlich der DDR) eine Resolution, in der sie Zionismus mit Rassismus gleichsetzte. 1991 wurde sie wieder zurückgenommen. Der israelische Politologe Gerald Steinberg verortet „Human Rights Watch“ genau in dieser Linie.

„Diskussion salonfähig machen“

Würde man die Organisationen mit dem Vorwurf konfrontieren, am Existenzrecht Israels zu sägen (Israelnetz hat HRW wiederholt erfolglos um eine Stellungnahme gebeten), würden sie das freilich weit von sich weisen. Gerade HRW ist besonders darum bemüht, seiner 213 Seiten umfassenden Arbeit den seriösen Anstrich eines juristischen Gutachtens zu geben. Dieses betont zum Beispiel auch, dass es Israel gar nicht mit Südafrika vergleichen, sondern am internationalen Recht messen wolle. Demnach braucht es zum Beispiel auch keine Rassentrennung in der Öffentlichkeit, um sich der Apar-

theid schuldig zu machen. Hauptautor Shakir preist sich zudem für einen „nuancierten Bericht“, weil HRW den Vorwurf „nur“ für Westjordanland, Ostjerusalem und Gazastreifen, aber (anders als B'Tselem) nicht für Israel selbst erhebt und auch den Begriff „Apartheid-Staat“ ausdrücklich meidet.

Doch derartige Feinheiten sind am Ende irrelevant, denn sie werden in der weltweiten Öffentlichkeit – und auf die zielen die englischsprachigen Apartheid-Berichte allesamt – nicht wahrgenommen. Entscheidend ist: „Das A-Wort“ ist etabliert. Große internationale Medien berichten breit und meist kritiklos darüber. Nach den Details fragt am Ende niemand mehr. „Der Hauptbeitrag des HRW-Berichts besteht darin, die Diskussion über israelischen Rassismus salonfähig zu machen“, jubelte denn etwa auch der palästinensische Analyst Mouin Rabbani in einem Beitrag für das Internetportal „Jadaliyya“.

Regierung muss durchgreifen

Für Israel ist das eine Form nicht-militärischer Bedrohung. Bereits 2015 warnte die Denkfabrik „Israelisches Institut für Nationale Sicherheitsstudien“, die Führer der Welt könnten nicht auf ewig „immun bleiben gegen eine stark anti-israelische Öffentlichkeit, die der zunehmende Gebrauch der Apartheid-Analogie hervorrufen könnte“. Die israelische Regierung greift daher durch: Als Frankreichs Außenminister Jean-Yves Le Drian im Mai von einer möglichen künftigen Apartheid sprach, bestellte sie den Botschafter des Landes ein. Allerdings kämpft Israel gegen einen mächtigen Gegner: NGOs wie „Human Rights Watch“ haben guten Zugang zu Politik und Medien und sind als „Menschenrechtsorganisationen“ gewissermaßen unantastbar.

Ein Blick über den Tellerrand zeigt, dass es in anderen Ländern bereits jetzt wenig Berührungängste mit dem Apartheid-Vergleich gibt. In Deutschland ist das noch anders. HRW-Direktor Shakir rügte dies in einem Artikel für das Magazin „Zenith“ vom Juli sogar ausdrücklich. Allerdings spielt Deutschland zugleich auch ein doppeltes Spiel: „Jesch Din“ etwa, die Organisation, die den Reigen der Apartheid-Berichte 2020 eröffnete, wurde in den vergangenen Jahren laut „NGO Monitor“ vom Auswärtigen Amt mit sechststelligen Beträgen finanziell gefördert. Und „B'Tselem“ erhält viel Geld von „Brot für die Welt“. Beide Geber erklären auf Nachfrage, sich den Apartheid-Vorwurf nicht zueigen zu machen. Dass sie dessen Verbreitung gleichzeitig mit ihren Geldern wenigstens indirekt befördern, scheint sie indes nicht zu stören. |

Apartheid

Das Wort „Apartheid“ (Afrikaans für „Getrenntheit“) bezeichnete das System der Rassentrennung, das zwischen 1948 und 1994 in Südafrika galt. Dieses stellte rechtlich die Privilegierung der weißen gegenüber der nicht-weißen Bevölkerung sicher. Es war auch mit einer sichtbaren Separierung der „Rassen“ im öffentlichen Raum verbunden. Apartheid ist in der „Apartheid-Konvention“ von 1973 als Verbrechen gegen die Menschlichkeit definiert, doch die Konvention wird von westlichen Staaten nicht anerkannt. Auch das Römische Statut von 1998 legt Apartheid als Verbrechen fest. Es ist von 123 Ländern ratifiziert, nicht jedoch von Israel und den USA.

MELDUNGEN

Gemeinsame Initiative von Israel und drei arabischen Ländern



Der bahrainische Botschafter Buchiri präsentierte die gemeinsame Erklärung vor dem Menschenrechtsrat

Erstmals haben Staaten der Abraham-Abkommen gemeinsam mit Israel eine Erklärung bei einem Gremium der Vereinten Nationen eingereicht. Der bahrainische Botschafter bei den UN-Einrichtungen in Genf, Jussuf Abdulkarim Buchiri, stellte sie am 22. September im Menschenrechtsrat vor. Sie trägt den Titel: „Gemeinsame Erklärung zu Frauen, Frieden und Diplomatie“.

Neben Bahrain sind die Vereinigten Arabischen Emirate, Marokko und Israel an dem Dokument beteiligt. Es geht darum, mehr Frauen an Friedensprozessen und Diplomatie zu beteiligen. „Die Integration von Frauen in die Friedensprozesse und in alle Diskussionen, die für ihre Förderung rund um den Globus relevant sind, hat einen großen Wert und eine hohe Bedeutung“, sagte Buchiri laut der Zeitung „Jerusalem Post“.

Buchiri fügte an: „Wir sind verpflichtet, die Erfahrungen von Frauen und Mädchen in Betracht zu ziehen – sowohl aus Konfliktzonen, als auch aus Regionen mit Frieden und Stabilität.“ Laut Aussage des marokkanischen Botschafters Omar Zniber zeigt die gemeinsame Erklärung, dass die Länder aktiv zusammenarbeiten würden, um Frieden und Sicherheit zu schaffen. Auch der emiratische Botschafter Ahmed Aldscharman bekundete seine Unterstützung für das Vorhaben. Die israelische Vertreterin Meirav Eilon Schahar äußerte: „Die Betonung der Einbeziehung von Frauen in Friedensprozesse ist wichtig. Sie zeigt eine neue Dynamik, die wir in unserer Region und darüber hinaus fördern wollen.“ Die Erklärung der vier Staaten wurde von 52 Nationen unterstützt. |

Elisabeth Hausen

Entflohene Terroristen gefasst

Israelische Sicherheitskräfte haben am 19. September die letzten beiden aus dem Gilboa-Gefängnis entflohenen Häftlinge gefasst. Die beiden Mitglieder der Terrorgruppe Islamischer Dschihad wurden in Dschenin festgenommen. Zwei Wochen nach dem Ausbruch befanden sich damit alle sechs Entflohenen wieder in Haft.

Die beiden festgenommenen Terroristen heißen Iham Kamamdschi und Munadil Naifjat. Die vier anderen, Mahmud al-Arida, Mohammed al-Arida, Jaqub Qadiri und Sakaria el-Subeidi, wurden bereits am 11. September gefasst.

Der israelische Premier Naftali Bennett (Jamina) dankte den Leitern der Sicherheitsdienste für ihre professionelle Arbeit: „Das Ereignis begann mit einer großen Panne. Aber Sie haben vereinigte Kräfte auf den Weg gebracht, bis die Mission beendet war.“

Die Hamas betrachtet die Entflohenen als „Helden“. Vor der Festnahme teilte sie mit, die sechs Häftlinge würden Teil eines neuen Deals für einen Gefangenenaustausch. Sie würden mit erhobenen Häuptern freigelassen, prophezeite ein Sprecher des bewaffneten Hamas-Flügels, Abu Obeida, nach der Festnahme der ersten vier Terroristen. „Dass die Helden des Freiheitstunnels wieder verhaftet wurden, kann nicht die Wahrheit ihrer ehrenhaften Arbeit oder die Größe der Schande und der Blamage verbergen, die den israelischen Sicherheitsbetrieb befallen hat.“

Der Ausbruch gilt als der schwerwiegendste in der israelischen Geschichte. Die sechs Häftlinge sind durch einen Tunnel aus dem Gilboa-Gefängnis entkommen. Es liegt rund 13 Kilometer südöstlich von Afula und gilt als das sicherste Gefängnis des Landes. |

Daniel Frick

Israel Vize-Europameister im Baseball

Das israelische Baseball-Team hat bei der Europameisterschaft im Piemont am 19. September Silber gewonnen. Im Finale in Turin verlor die Mannschaft gegen den Titelverteidiger, die Niederlande, mit 4:9 Punkten. Der zweite Platz ist das beste Ergebnis für eine israelische Auswahl, die erst zum zweiten Mal an einer



Großer Erfolg: Die israelischen Baseballer freuen sich über ihre Silbermedaillen

Europameisterschaft teilnahm. Im Halbfinale hatten die Israelis Italien besiegt. Bei den Olympischen Spiele in Tokio hatte das israelische Team den fünften Platz belegt. Während die Olympiade-Auswahl vor allem aus amerikanischen Israelis bestand, kamen die EM-Teilnehmer größtenteils aus Israel. |

Daniel Frick

BIBELBLICK

Israel zwischen Boykott und Bestmarken

Israel gehört von der Fläche her zu den Zwergen auf dem Globus. Im Blick auf industrielle Entwicklung und Forschung zeigt sich das Land als Riese. Israel reiht sich mit Medizinprodukten und Computer-Technologie in die Weltspitze ein.

Egmond Prill

Es ist das Wunder von Israels Wirtschaft. Nicht zuletzt beförderte der umfassende Boykott der „Arabischen Liga“ die Entwicklung. Mit der Staatsgründung wurde die seit den 30er Jahren bestehende Blockade jüdischer Produkte verschärft. 1951 begann ein „Zentrales Boykottbüro“ in Damaskus, die arabischen Aktionen zum kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Boykott weltweit zu verstärken. In den USA und westlichen europäischen Staaten wurden Zweigbüros eingerichtet, auch in Bonn, um Handelsbeziehungen zum „Judenstaat“ zu erkennen und zu bekämpfen.



Erfolg – durch kluge Köpfe

Doch gerade aus Bonn kamen im Zuge der „Wiedergutmachung“ Wirtschaftshilfen nach Israel. Zuletzt beförderte der Boykott die wirtschaftliche Entwicklung in den 50er und 60er Jahren. Kluge Köpfe waren am Werk, um die Isolation auszugleichen. Der Druck von außen hat Israel im Innern gestärkt. Rasch wurden trotz mehrerer Kriege Wissenschaft und Wirtschaft entwickelt, eine leistungsfähige Industrie aufgebaut. Den Energiehunger stillte Israel mit Kohle aus Südafrika und Öl bis 1979 aus Persien. Nach Eroberung des Sinai 1967 wurde bis zur Rückgabe an Ägypten Erdgas nach Israel geleitet. Inzwischen fördert Israel Erdgas aus den Feldern unter dem Mittelmeer zum eigenen Bedarf und zum Verkauf. Die Zusammenarbeit mit Zypern und Griechenland zielt auf Export nach Europa.

Israel, knapp über neun Millionen Einwohner, 0,014 Prozent der Erdoberfläche und so gesehen ein Zwerg, ist dennoch eine Größe im wirtschaftlichen Weltgeschehen. Es sind weniger Massen, sondern technologische Spitzenleistungen. Denken wir an die Trinkwassersprudler von „SodaStream“ – das Unternehmen betreibt inzwischen weltweit Produktionsstätten. Übrigens: Israels erste Fabrik stand an der Grenze zur Palästinensischen Autonomie, um Arabern gute Einkommen zu sichern. Außenpolitischer Druck führte zum Ende des Betriebes.

Der USB-Stick stammt aus Israel. Smartphones und Tablets funktionieren dank israelischer Entwicklungen. Wirtschaft in Israel bedeutet nicht zuletzt leistungsfähige Militärtechnik vom Panzer bis zum Raketenabwehrsystem „Iron Dome“.

Segen – durch Gottes Hilfe

Der Blick geht in die Bibel. Psalm 126 spricht von der Heimkehr des Volkes und vom Segen Gottes. Zeigt sich ein Zusammenhang? „Wenn der HERR die Gefangenen Zions erlösen wird, so werden wir sein wie die Träumenden. Dann wird unser Mund voll Lachens und unsre Zunge voll Rühmens sein. Da wird man sagen unter den Völkern: Der HERR hat Großes an ihnen getan!“

Weder arabische Blockaden der 50er Jahre noch der Boykott der BDS-Bewegung haben Aussicht auf Erfolg in ihrem Sinne. Gott führt sein Volk zurück ins Land der Verheißung. Die Wüste wird grün und die Wirtschaft blüht auf. Davon werden arabische und afrikanische Staaten profitieren, die neue Beziehungen zu Israel herstellen. Der israelische Politikologe Joel Guschansky: „Die Normalisierung mit den Emiraten schreitet schneller voran und hat sich als besonders fruchtbar erwiesen, vor allem wirtschaftlich.“ Von umgerechnet 43 Millionen Euro in der ersten Hälfte des Jahres 2020 wuchs das Handelsvolumen allein zu den Emiraten auf 518 Millionen Euro im ersten Halbjahr 2021.

Gott will seinen Namen vor der Welt groß machen und zeigt auch an Israels Wirtschaft: „Der HERR hat Großes an ihnen getan.“ |

israelnetz

Israel Kalender 2022

Der Israel Kalender zeigt bekannte und interessante Motive aus dem Heiligen Land. Das praktische Kalendarium enthält neben den christlichen und gesetzlichen Feiertagen auch die jüdischen Festtage mit einer Erklärung.

9,50 €
zzgl. Versand



Erhalten Sie den Israel-Kalender
exklusiv in unserem Online-Shop.

👉 shop.israelnetz.com

